



# Miltalbadener Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung  
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich 1,40 RM. bei 100 Bogen geliefert; durch die Post bezogen im in-  
deutschen Vertriebe monatlich 1,70 RM. — Einzelnummern 10 Pf.  
Sonderdruck 20 Pf. bei der Oberamtspoststelle Weimburg Poststelle  
Wildbad. — Bankkonto: CassaBank Haberle & Co., Wildbad.  
Vorsteher: Gemeindevorstand Wildbad. — Postfachkonto 29174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Beleg  
Dienstag 15 Pf., ansonsten 20 Pf. — Restzahlung 50 Pf.  
Rabatt nach Tarif. Für Inserate und bei Zustellung werden  
jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme  
täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontofällen oder wenn gericht-  
liche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 86. Telefon 179. — Wohnung: Bismarckstraße 65.

## Briands Kriegspakt

Michel, die Augen auf!

Die französischen Hauptwahlen vom vergangenen Sonntag, denen am nächsten Sonntag die Stichwahlen folgen, geben noch keine Entscheidung, lassen höchstens eine allgemeine Grundstimmung erkennen. Die Frage ist, ob Poincaré als Währungsdictator bestätigt werden soll oder nicht. Wie es scheint, will Frankreich ihn bestätigen.

Die Außenpolitik mit in die Wahlen hineinziehen zu lassen, hatte Frankreich gar keinen Anlaß, weil darüber grundsätzlich Meinungsverschiedenheiten nicht bestehen. Das Ziel der französischen Außenpolitik ist unverändert die Wiederherstellung Mitteleuropas und Sicherung der französischen Vorherrschaft zum mindesten über Westeuropa, von der russischen Grenze an gerechnet. In diesem Ziel sind alle einig, die ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben, und seit Briand in seiner Wahlrede Anfang Februar im Senat das Bekenntnis abgelegt hat, daß auch Locarno für ihn nur einen Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel bedeute, war die öffentliche Meinung Frankreichs über die Außenpolitik beruhigt. Und die Auseinandersetzung zwischen Paris und Washington, in deren Verlauf jetzt der französische Gesandtenrat zum amerikanischen Antikriegspakt bekannt wird, konnte nur dazu beitragen, die ruhige Zuversicht der öffentlichen Meinung Frankreichs in die Politik Briands zu stärken. Das tritt heute noch klarer hervor, als es schon unmittelbar nach Briands Abgabe an Stresemann hervortrat.

Der Sinn des Gegenentwurfs, womit Briand den eindeutig klaren Entwurf des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg beantwortete, ist der: Frankreich wünscht den Versailler Vertrag, den Locarnopakt und seine sämtlichen Militärbündnisse mit in den Antikriegspakt hineinzunehmen. Gesezt den Fall, die Vereinigten Staaten würden den Briandischen Vertragsentwurf unterzeichnen, so würden sie dadurch mittelbar den Versailler Vertrag anerkennen mit Ausnahme der Bestimmungen, die Frankreich und die übrigen Unterzeichner zur Abrüstung verpflichten, sobald Deutschland — was es anerkanntermaßen getan hat, mit der Abrüstung vorangegangen ist.

Es ist nicht unsere Sache, den Vereinigten Staaten gute Lehren zu geben, wie sie sich zu dieser Verlehrung ihres Vorschlags in das Gegenteil zu verhalten hätten. Man braucht nicht daran zu zweifeln, daß die Vereinigten Staaten die französische Taktik durchschaut haben. Diese Taktik läuft darauf hinaus, auf um was es so oder so eine Bürgschaft dafür zu erlangen, daß die Vereinigten Staaten sich in keinen Krieg einmischen würden, in den Frankreich durch seine zahlreichen militärischen Verpflichtungen anderen Staaten gegenüber verwickelt werden könnte. Man braucht dabei gar nicht an einen Krieg mit Deutschland zu denken, ach bewahrt! Der Locarnopakt besteht, und mögen wir uns um seine Früchte noch so betrogen fühlen, wir werden Frankreich von uns aus keinen Anlaß zu neuen Raub- und Beutezügen ins wehrlose Deutschland geben.

Nein, Frankreich hat sich in ein so verwickeltes System von militärischen Verpflichtungen „auf Gegenseitigkeit“ eingelassen, daß ihm von ganz anderer Seite, als von der des entwaffneten Deutschlands eines Tages ein Krieg über Hals kommen könnte. Das fühlt es in den leider nur spärlichen Stunden der Selbstbesinnung wohl allein, und um im Fall sich einer unvorhergesehenen Verwicklung mit dem ganzen Lebergewicht seiner militärischen Rüstung das entwaffnete Deutschland zur Willfährigkeit und Gefolgschaft pressen zu können, möchte es schon jetzt die schriftliche Zusicherung haben, daß sich die Vereinigten Staaten dann unter keinen Umständen einmischen. Das ist der tiefere Sinn des Briandpakt, und wer ihn begriffen hat, der müßte eine deutsche Politik für verrückt erklären, die die Zustimmung dazu auch nur in „wohlwollende Erwägung“ zu ziehen, imstande wäre.

Gerade die Politik, die Frankreich dem völlig entwaffneten, zur Verständigung und zum Verzicht auf jede Weise bereiten Deutschland gegenüber für angezeigt gehalten hat, nötigt Deutschland dazu, dem Kelloggpaß vor dem Briandpakt ohne Besinnen den Vorzug zu geben. Der Kelloggpaß will ja gerade das, wonach die Franzosen nach durchgeführter militärischer Abrüstung Deutschlands unablässig geschrien haben: die moralische Abrüstung. Wertwüdig, wie Rußland und die Vereinigten Staaten, die uns von Interessenten so gern als Antipoden der Weltpolitik hingestellt werden, mit verschiedenen Mitteln zum gleichen Ziele hinarbeiten. Rußland wollte in Genuß die praktische, die militärische Abrüstung — und wurde von den Schwergewüsten unter Führung Englands abgewiesen. Nun schlagen die Vereinigten Staaten die moralische Abrüstung, den Verzicht auf den Krieg als Mittel der Staatspolitik vor. — hier scheint Frankreich den Beruf zu fühlen, bei der Ablehnung die Führung zu übernehmen.

Wie England die Form beurteilen wird, die Frankreich für die Ablehnung gewählt hat, wird immerhin lehrreich zu beobachten sein. Daß es in der Ablehnung des amerikani-

## Tagespiegel

Der Oberste Gerichtshof für Kanada hat einstimmig entschieden, daß Frauen nicht zu Mitgliedern des Senats gewählt werden können.

Gestern abend wurde in München die Wählerversammlung Stresemanns von Nationalsozialisten gesprengt.

Ich den Vorschlag mit Frankreich innerlich übereinstimmt, unterliegt keinem Zweifel. Das entwaffnete und wehrlose Deutschland ist nicht berufen, in diesem Streit der Schwergewüsten eine führende Rolle zu spielen. Es hat sich nur vorzugeben, daß es nicht auf die falsche Seite hinübermanderiert wird. Die Gefahr ist gar nicht so gering, wie es unter vernünftigen Leuten aussehe möchte. Denn die außenpolitischen Traumultus, die das „gemeinsame“ Interesse bei den deutschen und französischen Wahlen entdeckt haben, wären sicher fähig, ihrem Gott Briand zuliebe wieder einmal eine Kapitulationspolitik zu machen und „berechtigte Kerne“ in einem Entwurf zu entdecken, der den eindeutigen Antikriegspakt hinterherum in einen heimlichen Kriegspakt umarbeiten möchte.

## Das Verbot des Rottkämpferbanns im Reichstagsauschuß

Viel Lärm um nichts

Berlin, 25. April. Der Reichstagsauschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung trat gestern abend unter dem Vorsitz des Abg. Henke (Soz.) zusammen. Auf Anfragen erklärte Reichsinnenminister von Reudell zu dem kommunistischen Antrag, der Minister möge seinen Erlaß an die Länder betr. Verbot des Rottkämpferbanns zurückziehen, behalte er sich die Stellungnahme vor, bis er die Begründung des Antrags gehört habe. Dem anderen Antrag, die Denkschrift des Ministers an die Länder vorzulegen, könne er zu seinem Bedauern nicht stattgeben, da auf Anrufung durch einige Länder der Staatsgerichtshof in Leipzig die Angelegenheit behandle, man könne daher nicht der Öffentlichkeit davon Kenntnis geben, solange das Verfahren schwebt.

Abg. Emminger (Bayr. Volksp.) erklärt, der Reichstagsauschuß habe verfassungsrechtlich weder das Recht, eine Interpellation einzureichen, noch ein Mißtrauen auszusprechen, noch einen Beschluß herbeizuführen, der den Reichsinnenminister verpflichten würde, die Denkschrift zurückzuziehen.

Abg. Dr. Schulz (D. Ap.) stimmte dieser Auffassung zu. Der Auschuß dürfe sich nicht mehr Macht anmaßen, als der Reichstag habe. Hier handle es sich um eine Resortangelegenheit. Herr von Reudell habe als Reichspolizeiminister gehandelt. — Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) macht darauf aufmerksam, daß der Auschuß zur „Wahrung“, nicht aber zur „Wahrnehmung“ der Rechte des Reichstages bestimmt sei. Also nur, wenn die Rechte des Reichstages bedroht sind, kann der Auschuß einschreiten. So habe es auch der sozialdemokratische Innenminister Dr. Köster seinerzeit dargelegt. Der Auschuß kann nicht in die Vollzugsgewalt der Regierung eingreifen und Erhebungen verlangen. — Abg. Thälmann (Kom.) bestreite, daß der Auschuß sich noch jetzt an die Auffassung des früheren Innenministers Dr. Köster zu halten brauche. — Abg. Hildendorfer (Soz.) sucht darzulegen, daß der Auschuß berechtigt sei, in die Gründe Einsicht zu verlangen, die den Minister zu seinem Vorgehen veranlaßt hätten.

Ministerialdirektor von Kameke beleuchtete die Verhandlungen in der Nationalversammlung in Weimar. Damals sei man bewußt von der Bezeichnung „Auschuß zur Ueberwachung der Reichsregierung“ abgekommen und habe ihn als „Auschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung“ in die Verfassung eingefügt. — Abg. Koch (Dem.): Der Reichstagsauschuß habe stets das Recht, zu entscheiden, ob die Richtlinien seiner Politik durch das Vorgehen eines Innenministers berührt und durchkreuzt seien. — Abg. Schulte-Breslau (Z.) bemerkt, ein Eingreifen in die Rechte des Reichstages sei in dem Ersuchen des Innenministers nicht zu erblicken. Denn dieses Ersuchen beruhe auf einem Gesez, das dem Innenminister und nur ihm allein ein solches Recht gibt.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.): Das Ersuchen des Innenministers sei etwas Neues. Er wüßte die Zurückziehung des Erlasses. Abg. Thälmann: Die Sozialdemokratie sollte hier nur ein politisches Geschäft machen.

Reichsminister v. Reudell erklärt, der Rottkämpfererband sei eine den Staat gefährdende Verbindung, die von seinen Führern ganz offen zugegeben werde. Das Gesez zum Schutz der Republik verpflichte ihn zu dem Verbot, das eine reine Resortangelegenheit sei. Er wüßte keine Deduktion hinter dem Kabinett.

Nach weiterer Aussprache wird der kommunistische Antrag abgelehnt. Ebenso werden ein demokratischer Antrag, die Maßnahmen für „unzweckmäßig im gegenwärtigen

Augenblick“ zu erklären, sowie ein Antrag Emminger (Z. Ap.), die Angelegenheit zu vertagen, und endlich ein sozialdemokratischer Antrag, den Reichskanzler um Aufhebung der Maßnahme des Innenministers zu ersuchen, abgelehnt.

Damit ist die Angelegenheit erledigt.

## Neueste Nachrichten

General Nobile in Berlin

Berlin, 25. April. General Nobile ist gestern abend, von Stolp kommend, auf dem Stettiner Bahnhof eingetroffen. In seiner Begleitung befanden sich die Herren, die mit ihm die Nordpolfahrt in den nächsten Tagen antreten werden. Zu seinem Empfang hatten sich außer seiner Gemahlin und seinem Töchterchen, die beide in Berlin Aufenthalt genommen haben, Mitglieder der italienischen Botschaft und der italienischen Kolonie eingefunden. General Nobile beabsichtigt, hier einige amtliche Besuche zu machen. Morgen wird er beim Reichspräsidenten empfangen. Heute fand ein Frühstück beim Reichsvertehrminister statt. Abends veranstaltete der Aeroklub ein Essen.

Die Sammlungsbewegung in Nordschleswig

Sonderburg, 25. April. Die Sammlungsbewegung in Nordschleswig macht täglich weitere Fortschritte. Der Aktionsauschuß in Sonderburg bezeichnet das bisherige Teilergebnis der Unterschriftensammlung als glänzend. Bis Dienstag lagen aus 67 Gemeinden 7—8000 Unterschriften vor. Der Führer der Bewegung, Hofbesitzer Lei, erklärte in einer großen öffentlichen Versammlung in Grabenstein in Beantwortung einer Anfrage nach seiner Stellung zur Grenzfrage, er wolle keinen neuen Krieg zwischen Deutschland und seinen Nachbarstaaten um Nordschleswig. Er möchte diese Entscheidung dem Stimmzettel überlassen, betone jedoch nochmals, daß Dänemark ein verarmtes Nordschleswig nicht auf die Dauer an sich fesseln könnte. Er kämpfe jetzt nicht für Nordschleswigs Wiedervereinigung mit Deutschland, sondern für die Schaffung ordentlicher Verhältnisse.

## Von der „Bremen“

Newyork, 25. April. Die letzten Nachrichten besagen, daß das Flugzeug „Bremen“, nachdem die Noterfahnteile durch Flugzeug nach der Greenly-Insel gebracht worden waren, rasch ausgebessert werden konnte, so daß es bereits am 24. April hätte starten können. Von dem Abflug mußte jedoch wegen des stürmischen Wetters vorerst noch Abstand genommen werden.

Die Unterswerke haben aus Dessau die endgültigen Erfaßteile für die „Bremen“ abgefaßt. Sie wurden von dem Dampfer „Leviathan“ (Waterland) in Cherbourg an Bord genommen.

Der amerikanische Flieger Lindbergh ist von Newyork nach Quebec (Kanada), um dem noch immer schwerkranken Flieger Bennett aus Detroit ein aus der Rockefeller-Stiftung stammendes Mittel gegen Lungenentzündung zu bringen.

Ein zweiter deutscher Ozeanflug

Berlin, 25. April. Zurzeit schweben Verhandlungen über einen zweiten deutschen Ozeanflug. Die Wiener Schauspielerin Frau Dillenz, die im vorigen Jahr an dem geplanten Ameritastug über die Azoren beteiligt war, ist an Professor Junkers wegen dieses neuen Unternehmens herangeraten; Professor Junkers verhält sich nicht grundsätzlich ablehnend, es sind aber noch eine Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden, ehe das Unternehmen gesichert ist. Als Flugzeugführer käme wahrscheinlich Risticz in Betracht.

Der englische Staatshaushalt

London, 25. April. Im Unterhaus teilte Schatzsekretär Churchill mit, der von der Regierung im vorigen Haushaltsplan veranschlagte Ueberschuß habe sich in Wirklichkeit verdoppelt. Ersparnisse wurden in Höhe von 10,5 Millionen Pfund Sterling gemacht. Die Staatsschuld von 7527 Millionen Pfund Rennbetrag wurde um 80 Millionen vermindert. Die auswärtige Schuld, die um 6,25 Millionen vermindert wurde, beläuft sich jetzt auf 1095 Mill. Pf. Die für das Rechnungsjahr 1928/29 vorgesehenen Ausgaben betragen 833,39 Mill. Pf. gegen 806,2 Mill. Pf. im Vorjahr. Churchill kündigte einen Zoll auf ausländische Briletts von 6 Pence (50 Pf.) und eine entsprechende Abgabe auf inländische Briletts an. Er schlägt ferner eine neue Erbschaftsteuer vor, die etwa 375 Millionen Pfund jährlich ergeben soll. Durch diese Maßnahmen könnten die inneren und äußeren Schulden einschließlich der Schuld an Amerika in 50 Jahren gedeckt werden. Die Currenznoten und die Noten der Bank von England sollen im nächsten Finanzjahr verschmolzen werden. Von den Schulden sollen im nächsten Jahr wieder 65 Mill. Pf.





